



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XI/55 - 6. März 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Vom Sinn der Grundgesetzänderungen in Wehrfragen	S. 1
<u>Ulbricht auf neuen Kurs</u>	S. 3
Zur Tagung der Sozialistischen Internationale	S. 4
Helmut Kalbitzer, MdB.: Hilfe für wirtschaftlich unterentwickelte Länder	S. 5

Loyalität auf Gegenseitigkeit

BR. Die SPD hat mit der Zustimmung zu den Grundgesetzänderungen, die sich auf eine Wehrgesetzgebung beziehen, einen folgenschweren, von Bedenken nicht freien, aber notwendigen Schritt getan, wenn sie sich den Ruf einer verantwortlich handelnden, staatsbejahenden und der Zukunft zugewandten Partei bewahren wollte. Der Gegenstand wird noch die Diskussion mancher öffentlichen und parteiinternen Veranstaltung bestimmen. Aber die SPD hat in ihrer Grundsatzerklärung vom Dienstag sehr deutlich gemacht, warum sie sich so verhalten musste.

In der grossen Entschliessung zur Aussenpolitik auf dem Berliner Parteitag 1954 war festgestellt worden: "In jedem Fall eines deutschen militärischen Beitrages fordert die SPD eine demokratische Wehrverfassung." Dieser Forderung entsprach eine eigene Verpflichtung, die die Partei zu erfüllen hatte, wenn sie es mit ihren Aufgaben ernst nahm, zuverlässiger Wächter der Demokratie in Deutschland, d.h. zunächst einmal in der Bundesrepublik zu sein. Sie konnte sich nicht wegen ihrer Ablehnung einer Wiederaufrüstungspolitik unter den heutigen, durch die Spaltung Deutschlands gekennzeichneten politischen Umständen dieser grundsätzlichen Verpflichtung entziehen, als, gegen ihren Willen, die westdeutschen Streitkräfte beschlossene Sache waren.

Das sollte leicht einzusehen sein, vor allem auch von denen,

denen dieser Schutz der demokratischen Rechte des Staatsbürgers auch während ihrer Soldatenzeit als den unmittelbar Betroffenen in erster Linie gilt, ihnen selbst und ihren Angehörigen. Es ist in der gegenwärtigen parlamentarischen Kräftekonstellation unbestritten, weil es auch von der Regierung und ihren Parteien offen zugegeben wird, dass man auf diese verfassungsmässige Verankerung der staatsbürgerlichen Rechte auch in der Wehrgesetzgebung verzichtet haben würde, wenn nicht die SPD mit grösster Entschiedenheit darauf bestanden hätte, die notwendigen Sicherungen gegen jeden Missbrauch der militärischen Macht im Umgang mit dem einzelnen Mann, wie mit den demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik einzubauen. Dann aber wäre wieder einmal der Willkür Tor und Tür geöffnet, mit allen den möglichen Folgen, die sich, wie die Erfahrung gelehrt hat, daraus ergeben können. Ein grollendes Beiseitestehen, ein Cassandra-Standpunkt, etwa von der inneren Einstellung aus: Ihr werdet es erleben, es geht auch diesmal wieder schief! wäre kaum von irgendjemanden verstanden worden und von unzähligen Menschen als ein schwaches Sich-Abfinden mit einer angeblich unvermeidbaren Entwicklung gedeutet und mit Recht zu Lasten der Partei verbucht worden.

Eine starke und moderne Partei wie die SPD kann sich nicht mit der reinen Abwehrposition gegenüber einer gewiss schwerwiegenden und sogar höchst gefährlichen Tatsache begnügen. Die Aufrüstung der Bundesrepublik, also eines Teiles Deutschlands, im Rahmen der Pariser Verträge ist ebenso wie die Schaffung einer anderen Streitmacht in Mitteleuropa unter gegenwärtigem politischem Vorzeichen eine solche Tatsache, mit der die SPD nicht einverstanden sein kann und niemals einverstanden gewesen ist. Aber das ist heute nicht mehr entscheidend. Wichtig bleibt allein, was aus dieser Bundeswehr nunmehr werden soll - ein zuverlässiges demokratisches Instrument der Bundesrepublik oder die Keimzelle eines wiedererstehenden antidemokratischen Regimes. Die Antwort sollte nicht schwer fallen.

Auch aus aussenpolitischen Gründen nicht. Deutsche Streitkräfte haben, rein von militärischen Wert her gesehen, immer hohes Ansehen genossen, sie haben durch Jahrzehnte hindurch vielen Staaten sogar als Vorbild gegolten. Aber voll tiefster Misstrauens war das demokratische Ausland eigentlich immer gegenüber der politischen Zuverlässigkeit des deutschen Militärs, d.h. gegenüber seiner Bereitschaft,

sich der politischen, also zivilen Staatsführung unterzuordnen. Dieses Misstrauen war verständlich. Die bundesrepublikanische Aufrüstung wird von keinem Nachbarn unseres Staatswesens gern gesehen, vielmehr mit ausgesprochenem Unbehagen betrachtet. Und immer wieder hört man, zuletzt zum Beispiel auf der Sitzung des Generalrates der Sozialistischen Internationale in Zürich, die besorgte Frage, ob es wohl gelingen werde, diesmal die zivile Kontrolle über das Militär zu verankern und damit den vielerlei schweren Gefahren vorzubeugen, die zwangsläufig und fast automatisch mit dem Scheitern einer solchen Anstrengung verbunden sein müssten.

Man kann mit gutem Recht sagen, dass es in der Bundesrepublik keine Partei gibt, die für diese Aufgabe nach ihrer ganzen Tradition und ihrer Grundeinstellung besser geeignet wäre als die SPD. Sie wird von äusserst wachem Misstrauen gegen alle diejenigen erfüllt sein, die sich unbefugterweise Rechte anmassen und das Instrument der Bundeswehr als Ganzes missbrauchen wollen. In direktem Zusammenhang damit wird sie aber mit ebenso ausgeprägter Loyalität zu einer Truppe stehen, die ihrerseits loyal dem Staate dienet und sie als Ganzes wie in ihren einzelnen Angehörigen vor schädlichen Einflüssen und Übergriffen zu schützen versuchen.

* * *

Schwenkung um 180 Grad

KJ. Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzone, ~~Ulbricht~~ Ulbricht, hat sich von dem Schrecken erholt, den der 20. Parteitag der KPdSU für ihn brachte: Im Zentralorgan der SED, dem "Neuen Deutschland" vom 24. März folgt er dem neuen Kurs des Kollektivs um Chruschtschow und entthront nun seinerseits den vor drei Jahren gestorbenen Stalin als den bedeutendsten Führer des Weltkommunismus. Ulbricht kritisiert schärfer als es der Moskauer Parteitag tat die "schweren Fehler" der Stalinaera, den unerträglichen Personenkult des Diktators, seine "Gesetzesverletzungen" und seine Geschichtsklitterung. Zugleich greift er die These Chruschtschows auf, dass man auch auf dem Wege über die Bühne der westlichen Parlamente zur angestrebten "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" kommen könne und es nicht in jedem Falle eines gewaltsamen Umsturzes bedürfe. Mit gleissnerischen Worten beschwört Ulbricht die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten.

Ulbricht, der bislang als der fanatisierteste Anhänger Stalins galt und in dessen Sinne die deutsche Sowjetzone unter das Diktat Moskaus zwang, hat damit eine politische Schwenkung um 180 Grad vollzogen. Die mitteldeutsche Bevölkerung reagiert auf den "Neuen Kurs" mit ebensoviel Schadenfreude wie Skepsis.

* * *

Die Entscheidung von Zürich

HP. Die Vertreter von 16 sozialistischen Parteien konnten die diesjährige Konferenz des Generalrates der Sozialistischen Internationale im Bewusstsein verlassen, dass die Standpunkte zu tagespolitischen Fragen über das Grundsätzliche hinaus weitest übereinstimmen. Die vom 2.-4. März in Zürich abgehaltene Konferenz war deshalb von Bedeutung, weil sie nicht nur Gelegenheit gab, Meinungen über die internationale Situation auszutauschen, sondern sich auch intensiv mit Spezialproblemen, wie denen der Abrüstung, der Lage im Mittleren Osten und der neuen Taktik der kommunistischen Parteien zu befassen, Probleme also, von deren Lösung die Völker direkt oder indirekt betroffen werden

Einig in der Abrüstungsfrage

Der auf Initiative der SPD vor einigen Wochen in Bonn konstituierte Ausschuss für Abrüstungsfragen hatte bereits einen ausführlichen Bericht des permanenten französischen Delegierten in der UN Abrüstungskommission, Jules Moch, entgegengenommen und es war dieser Bericht, der die Unterlage für die schliesslich angenommene Resolution abgab. Die grösstmögliche Einigung zwischen den Regierungen könnte erzielt werden, wenn ein Plan der Synthese, wie ihn Jules Moch vorschlug und den sich die französische Regierung offiziell zu eigen gemacht hat, auf folgenden Prinzipien beruhend unterstützt werden würde: "Keine Kontrolle ohne Abrüstung - keine Abrüstung ohne Kontrolle, sondern Schritt für Schritt wirklich kontrollierbare Abrüstung, soweit jetzt schon möglich." Es ist zu hoffen, dass der jetzt tagende sogenannte Fünferausschuss in London Fortschritte in dieser Richtung erzielen wird. Die sozialistischen Parteien waren sich darin einig, dass ein "praktischer Beginn der Abrüstung die Lösung solcher Probleme erleichtern würde, deren Regelung sich bisher in einer Welt des Wettrüstens als unmöglich erwiesen haben. Darüber hinaus würde eine schrittweise kontrollierte Abrüstung das gegenseitige Vertrauen in internationalen Beziehungen wieder herstellen, in dem die Sicherheit aller Beteiligten gleichzeitig vermehrt wird, nicht nur die des Einen auf Kosten des Anderen."

In dieser Debatte wie auch in der von Oskar Pollok, dem Chefredakteur der österreichischen "Arbeiterzeitung", vorgelegten Einleitung zur internationalen Lage, kam zum Ausdruck, dass die Annahme einer solchen Haltung zur Abrüstung, bezogen auf Deutschland, die Erreichung der Wiedervereinigung erleichtern würde, wenn man nämlich erkennt, dass eine direkte Abhängigkeit und Verbindung zwischen der komplexen Einheit Deutschlands, europäische Sicherheit und Abrüstung besteht, ohne sich auf Prioritäten zu versteifen. Auch für andere Länder würde ein Fortschritt in den Abrüstungsfragen nicht nur die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens wesentlich fördern, sondern ihnen auch eine wirtschaftliche Last abnehmen, die durch das Wettrüsten der Grossmächte bedingt ist.

Die Spannungen im Nahen Osten

Einer der gefährdetsten Gebiete der Welt ist zweifellos heute der Nahe Osten, der die Spannungen und gegensätzlichen Interessen der Grossmächte erkennen lässt. Diese Spannung hat vor allem ihre Ursache in der Weigerung der arabischen Staaten, sich mit der Existenz des Staates Israel abzufinden und zu einem friedlichen Abkommen mit ihm zu gelangen. Die Lage ist besonders durch die wohlwogende Intervention der Sowjetunion verschärft worden, nachdem Russland Ägypten und seinen Verbündeten grosse Mengen von Angriffswaffen geliefert hat. Neben dem zahlenmässigen Übergewicht (40 Millionen Araber, 1 1/2 Millionen - 5 -

Israelis) ist damit das Kräftegewicht auf militärischem Gebiet zerstört worden und die Gefahr eines Angriffs auf Israel vergrößert.

Nach einem leidenschaftlichen Appell von Frau Golda Meyerson, Arbeitsministerin in der Israel-Regierung, beschloss die Konferenz der Sozialistischen Internationale, alles zu tun, damit Israel die Möglichkeit gegeben wird, die für seine Selbstverteidigung erforderlichen Waffen zu erhalten, um das Gleichgewicht der Kräfte wenigstens einigermaßen wieder herzustellen und damit die Angriffsgefahr abzuwenden. Daneben müssen die Parteien ohne Vorbedingungen zu Friedensverhandlungen gebracht werden, mit dem Ziel, die Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit aller beteiligten Länder zu erreichen. Die gemeinsame Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen im Nahen Osten würde bei einer friedlichen Regelung allen und vor allem den arabischen Völkern zugute kommen und sie von Armut, Krankheit und menschenunwürdiger Lebensweise befreien.

Keine Zusammenarbeit mit der KP

Auch wenn der 20. Kongress der russischen Kommunistischen Partei nicht vorher stattgefunden hätte, wäre man gezwungen gewesen, im Hinblick auf die sowjetische Intervention in Nahen Osten, sich mit der neuen russischen Taktik auseinanderzusetzen. So passte es besonders in den Gesamtkomplex, dass sich die sozialistischen Parteien ausführlich mit dem jüngsten Parteitag der KPdSU befassten, nach einem hervorragenden Vortrag des Generalsekretärs der Norwegischen Arbeiterpartei, Haakon Lie. Die sozialdemokratischen Parteien, die in der Moskauer Resolution zur Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien aufgerufen waren, antworteten mit der Feststellung, dass "die Änderungen in der kommunistischen Politik kein ausreichender Beweis einer echten Wandlung in den Prinzipien oder der Politik der kommunistischen Diktatur darstellen, und daher kein Grund besteht, von der Haltung des demokratischen Sozialismus abzugehen, die in der strikten Ablehnung jeder Einheitsfront oder überhaupt jeder politischen Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur besteht."

Die Konferenz endete mit Abschiedsworten des 1. Nachkriegs-Sekretärs der Sozialistischen Internationale, Julius Brauntal, der nach Erreichung des 65. Lebensjahres sich schriftstellerischen Arbeiten widmen wird. Seiner wertvollen Arbeit in einer besonders schwierigen Zeit für die sozialistischen Parteien wird immer dankend gedacht werden müssen. Zum Nachfolger wurde Bjørne Brastoy, der schon einmal im Sekretariat der Sozialistischen Internationale gearbeitet hat, einstimmig gewählt.

* * *

Eine Verpflichtung der Bundesrepublik

Von Helmut Kalbitzer, MdB.

50 Millionen DM zur Hilfe für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete aus dem Bundeshaushalt 1956 verlangt ein SPD-Antrag im Bundestag. Gibt es keine Not mehr in Deutschland wird man fragen? Doch, die gibt es! Die Zonenrandgebiete sind innerhalb Westdeutschlands wirtschaftlich zurückgeblieben und die Verbesserung der Renten bleibt oberstes Gebot.

Aber die Bundesrepublik lebt zu einem Drittel von Ein- und - 6 -

Ausfuhr, und sie hat nach USA und Grossbritannien den drittgrössten Aussenhandelsumsatz der Welt. Das verpflichtet, uns kann und darf die wirtschaftliche und soziale Lage in fernen Ländern mit ihrem unvorstellbaren Elend nicht gleichgültig sein.

Die Industrialisierung Europas fasste auf jahrhundertelanger Kolonialausbeutung, durch die immer neuer Reichtum nach Europa gebracht wurde. Die Wirtschaftsbeziehungen der Industriestaaten zu den exotischen Ländern waren bisher ein einseitiges Nehmen. Der Anfang vom Ende kam, als man nach Sklaverei, Aussaugung durch Kolonialverwaltungen, Enteignung des Acker- und Weidelandes der Eingeborenen, Zerstörung primitiver Währungssysteme durch Falschmünzerei und Zerschlagung der überlieferten Gesellschaftsordnungen, dazu Übergang, fertige Soldaten im ersten Weltkrieg einzusetzen.

Die USA begannen schon nach dem ersten Weltkrieg ihren geringen Kolonialbesitz abzustossen und ihren Einfluss auf fremde Völker auf indirekte Weise zu etablieren. Sie sicherten sich wirtschaftlichen und politischen Einfluss durch die Übergabe von Kapital, vorzugsweise in Mittel- und Südamerika. Am Ende des zweiten Weltkrieges halfen sie durch den Marshallplan das kriegszerstörte Europa wieder aufzubauen und führen dann fort, mit verschiedenen Hilfsprogrammen Elendsgebiete in aller Welt zu unterstützen, wofür Milliardenbeträge jedes Jahr bereitgestellt werden. Das ist eine Umkehr der Kolonialpolitik alten Stils, in dem man jetzt neue Märkte für den Absatz seiner Industrieprodukte erst schafft durch Stärkung ihrer Kaufkraft und Kreditfähigkeit, während es die Kolonialpolitik alten Stils nur auf Auspowerung abgesehen hatte.

In dieser neuen Haltung gegenüber den unterentwickelten Ländern treffen sich verschiedene politische Entwicklungen:

Das Selbstbewusstsein der asiatischen und afrikanischen Völker ist so gestiegen, dass ihre weitere Beherrschung durch die Kolonial-

mächte zum Selbstmord wird, wie Indochina zeigt. Die gewaltigen amerikanischen Hilfeleistungen sind ihrerseits auch heute nicht ohne Nebenabsichten gegeben; es wird versucht, als Gegenleistung die Empfänger zu Faktssystemen und zur Überlassung von Stützpunkten zu bewegen. Das wiederum lässt die Russen nicht ruhen, ihrerseits in jüngster Zeit Hilfsangebote zu machen, die aber dem Umfang nach gering sind, da sie durch die eigene russische Armut begrenzt sind. Und die von Russland eroberten Völker sind zum Schwelgen verdammt, so dass sie sich über ihre Erfahrungen nicht aussprechen können.

Die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu den meisten armen Ländern sind wieder normal. Aber soll unsere Konjunktur aufrechterhalten werden, so muss unser Aussenhandel entsprechend wachsen. Die unterentwickelten Länder sind dabei die grössten Reserven für unseren Aussenhandel, nur ihr krasser Kapitalmangel hindert sie, mehr zu kaufen. Deshalb die Forderung im Bundestag, auch im wohlverstandenen eigenen Interesse, von uns aus Mittel für die wirtschaftlich unterentwickelten Länder zur Verfügung zu stellen, um zu helfen, deren Armut zu überwinden.

Deutschland hat in diesen Ländern, ohne eigenen Verdienst, einen guten Ruf, weil wir durch den Versailler-Vertrag 1919 alle Kolonien aufgeben mussten. Wir sollten diesen Ruf wahren und keinerlei politische und wirtschaftliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Empfängerländer mit unserer Hilfe verbinden, wie es auch auf der Konferenz aller asiatischen und afrikanischen Länder im April 1955 in Bandung gefordert wurde.

Unsere Hilfe sollte durch wissenschaftliche und technische Unterstützung geleistet werden, zum Beispiel durch verstärkte Ausbildung von Studenten dieser Länder, durch Austausch von Professoren, Entsendung technischer Stäbe und durch Bereitstellung günstiger langfristiger Aufbaukredite.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau